

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. 25. Hochzeiten und Post-Geldscheine, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Preisänderungen behält sich die Redaktion das Recht vor, den Preis zu erhöhen. Abbestellung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Anzeigenpreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2-spaltige Reklamazeile im täglichen Teile 1 RM. Nachschlagsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgesetzte und Platzverwalter berücksichtigen. Anzeigen für die Nachtzeit durch Fernruf übermittelten Anzeigen über, wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 260 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 7. November 1933

Führer, wir hören dich!

Das deutsche Volk hat sich seit dem 30. Januar 1933 in einer ganzen Reihe großer und größter Kundgebungen zu seinem Führer und dessen Politik bekannt. Am Freitag aber wird Adolf Hitler die Gesamtheit seiner Gefolgschaft, d. h. also alles, was heute darauf Anspruch erhebt, zur deutschen Nation zu gehören, auf eine neue, einzigartige Weise zu einer Stunde nationaler Sammlung und Selbstbefinnung zusammenzufassen, wie wir sie bisher noch nicht erlebt haben. Wenn am Freitag mit dem Glockenschlag eines der Hundstunten in alle deutschen Gänge das Sirenen-Signal des großen Berliner Werkes überträgt, von dem aus Adolf Hitler zur gesamten deutschen Arbeiterschaft spricht, dann wird dieses Signal von allen Sirenen der Fabriken, Schiffe usw. im gleichen Augenblick aufgenommen werden, der gesamte Verkehr in den Driftstädten einschließlich der Fußgänger wird für eine Minute erstarren, die Arbeit wird im ganzen Reich für die Dauer der Kundgebung ruhen, bis die Sirene von der Reichshauptstadt aus die für kurze Zeit Feiernden wieder an die Arbeitsstätte ruft. Während der Kundgebung oder werden wir alle, in Maschinenhallen und Büros, Lehrsälen und dröhnenden Werften, in ländlichen Höhen und in der Hast der Märkte uns zusammenfinden und in dieser feierlichen Stunde vor der großen Volksentscheidung des 12. November nichts mehr wissen von irgendwelchen Berufs- oder Klassenunterschieden, von Landmannschaften und politischen Einzelansichten, werden nichts anderes sein als eine Nation, die mitten im heiligen Tagewerk auf den Ruf ihres Führers wie ein Mann die Hände ruhen läßt und auf seine richtungweisende Stimme horcht. Am Freitag wird Adolf Hitler, Führer und Reichskanzler zugleich, in der Tat zu dem ganzen deutschen Volk sprechen.

Diese Kundgebung, die in Anbetracht der zwei Tage später erfolgenden Volkswahl im neuen Reichstag eine inner- und außenpolitische Bedeutung hat, wie keine seit dem 5. März, hat eine so feierliche, so eindringliche Form erhalten, daß das Ausland schon an ihrem Verlauf und an dem einhelligen Verhalten der Bevölkerung Deutschlands zu dieser Stunde einen ganz eindeutigen Rückschluß auf das Ergebnis des 12. November ziehen kann. Gewisse Teile des Auslandes, die nicht müde werden, gegenüber den wiederholten feierlichen Bekenntnissen der Reichsregierung zu einer Politik des Friedens immer neue Forderungen zu erheben und damit das seit 1919 gebotene Verhalten nach immer neuen Zugeständnissen Deutschlands fortzusetzen, haben ja versucht, den einheitlichen Friedenswillen des deutschen Volkes vor der Welt nach irgendeiner Richtung hin zu diskreditieren. Man verlangte statt der Friedensbekenntnisse „Taten“, aus lauter Verlegenheit darüber, daß die Reichsregierung seit der Machtübernahme alle gewissenlosen Heber in West und Ost täglich aufs neue widerlegte. Man wollte es nicht wahrhaben, daß nach einer vierzehnjährigen Politik ständiger Zugeständnisse und Verzichtes Deutschlands die Welt, zu handeln, nun endlich einmal an die anderen Vertragspartner gekommen war. Je länger gewisse Staaten diese pharisäische Politik gegenüber Deutschland fortsetzten, desto verächtlicher wird diese Politik vor aller Welt werden, desto mehr wird der Welt der Gegensatz zwischen Deutschlands Friedenspolitik und der friedenzersetzenden Aufrüstungspolitik der großen Militärsstaaten bei der Fortsetzung ihres verhängnisvollen Verhaltens klarwerden. In dieser Richtung liegt letzten Endes auch das Gewicht der nationalen Stunde des kommenden Freitag. Wenn sich Adolf Hitler an diesem Tage erneut mit jedem einzigen seiner Volksgenossen, aller Welt sicht- und hörbar, in eine geschlossene Friedensfront reißt, ist ein solcher Aufmarsch eines 65-Millionen-Volkes zu einem solchen Zweck etwa keine Tat? Selbst den gewiegtesten Verdrehungs- und Entstellungssachleuten gewisser Auslandskreise fiel es in den letzten Monaten immer schwerer die Tatsache der völligen Geschlossenheit der deutschen Volksmassen hinsichtlich der deutschen Rechtsforderungen in ihren Berichten zu beinhalten oder gar zu übersehen. Es wird ihnen unmöglich sein, die Wucht und die Tragweite der Kundgebung des kommenden Freitag zu verkennen. Es wird ihnen aber ebenso unmöglich sein, zu verkennen, daß das deutsche Volk sich dort unter seinem Führer nicht nur

Grundlagen der deutschen Außenpolitik

Große außenpolitische Rede Neuraths.

Im Deutschen Klub in Berlin hielt Reichsaußenminister Freiherr von Neurath einen bemerkenswerten außenpolitischen Vortrag, in dem er unter anderem ausführte: Die für die Zukunft unseres Landes entscheidende Frage, zu deren Beantwortung das deutsche Volk für den nächsten Sonntag aufgerufen worden ist, hat, wie Sie alle wissen, ihre nächste Ursache in der Entscheidung der Reichsregierung über den Austritt Deutschlands aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund. Es wäre aber ein völliger Irrtum, zu glauben, daß es sich hier um eine Frage handele, die nur durch plötzliche Wendungen der Politik oder durch taktische Erwägungen veranlaßt worden wäre. Der Aufruf der Reichsregierung vom 14. Oktober zeigt, daß es die Grundlagen unserer gesamten Außenpolitik sind, die jetzt zur Entscheidung stehen.

Es kommt heute darauf an, zu zeigen, daß der Mißerfolg der Abrüstungsverhandlungen nur einen — allerdings entscheidenden — letzten Punkt in einer vierzehnjährigen Entwicklung der Völkerbundspolitik darstellt. Es ist möglich, daß Siegermächte sich einen Apparat zu dem offen eingestandenem brutalen Zweck der dauernden Niederhaltung des Besiegten schaffen; es ist auch eine Organisation von gleichberechtigten Mächten zur aufrichtigen Verfolgung gemeinsamer Ziele möglich; was aber auf die Dauer unmöglich ist, das ist eine Verkoppelung dieser beiden Dinge.

Wenn sich die deutsche Außenpolitik seinerzeit zum Eintritt in den Völkerbund entschloß, so kommt es heute nicht darauf an, ob dieser Entschluß richtig war oder nicht. Wohl aber muß die Tatsache festgestellt werden, daß die damaligen Hoffnungen nicht erfüllt worden sind. Sie kennen alle das trübe Kapitel des Schutzes der Minderheiten. Will jemand ernstlich behaupten, daß der Völkerbund dieser Aufgabe auch nur im entferntesten gerecht geworden wäre? Nicht viel besser sieht es mit der dem Völkerbund übertragenen Aufsicht über das Mandatensystem.

Was nicht es, in Worten und Taten auf die Gleichberechtigung Deutschlands im Völkerbund hinzuweisen, wenn schon die Vertragsgrundlage der Institution in so wichtigen Fragen mit der wirklichen Ausübung der Gleichberechtigung in flagrantem Widerspruch steht. Der Reichsaußenminister wies dann nach, daß der Völkerbund auch auf allen den Gebieten, wo er nicht durch konkrete Vertragsbestimmungen ausdrücklich gebunden war, aus dem gleichen Geist heraus alles andere als eine fruchtbarbare Tätigkeit entfaltet hat. Er erinnerte dabei an die Grundtendenzen des Genfer Protokolls von 1924 und die ständigen Versuche, ein kompliziertes Paragrapfenwerk zu schaffen zugunsten derjenigen Mächtegruppe, deren Ziel es war und blieb, im Konfliktfalle der Anwendung der eigenen militärischen Machtmittel die moralische Deckung durch den Völkerbund zu verschaffen, ihr auf kriegerische Intervention abgestelltes Bündnisystem zu legalisieren und so die ganze Völkerbundsmaschinerie zu einem Hilfsmittel der Politik des Status quo zu machen. Gerade die von innerem Zwiespalt erfüllten Debatten über die Frage der allgemeinen Friedensversicherung, verbunden mit dem Bestreben, reale Probleme in wortreichen Reden und mit routinierten Verfälschungen zu behandeln, haben jene Genfer Atmosphäre und Phrasologie geschaffen, die im Laufe der Jahre fast sprichwörtlich geworden ist. Wenn man sich den ganzen Werdegang des Völkerbundes und die ihn in erster Linie bestimmenden Tendenzen vergegenwärtigt, so kann es im Grunde nicht wundernehmen, daß er des großen Problems, bei dem die Erfüllung einer Verpflichtung der Gegenseite in Frage stand, des Abstimmungsproblems, nicht Herr zu werden vermocht hat. Es war nichts

zu einer Bestätigung seiner Friedenspolitik, sondern auch zu einem ebenso festen Bekenntnis für seine nationale Ehre zusammenfinden. „Nichtswürdig die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre“ — das Schiller'sche Wort hatte vierzehn Jahre lang keine Geltung mehr im offiziellen Deutschland. Das Wort ist wieder — und das danken wir Adolf Hitler — zum Wappenspruch Deutschlands geworden. Das laßt uns alle innerlich befehlen und geloben, wenn wir uns am Freitag mit den Arbeitskameraden zusammenfinden und hören, was uns der Führer als letzten Marschbefehl für den 12. November zu sagen hat! P.A.N.

Neues, daß der Völkerbundmechanismus stets dem machtpolitischen Druck nachzugeben und ihn in der Richtung weiterzuleiten suchte, wo man den geringsten Widerstand zu finden glaubte, in der Richtung auf Deutschland. Der Unterschied gegen die Behandlung früherer Fragen besteht nur darin, daß es dieses Mal nicht mehr möglich war, die starke Diskrepanz der Auffassungen und Ziele durch Wort- und Scheinlösungen zu verkleiden. So ist gekommen, was kommen mußte.

Die Politik der uns gegenüberstehenden Großmächte ist es also, die mit jeder Erörterung der Völkerbundfragen zur Diskussion gestellt wird. Das Ziel, das die Regierung der Nationalen Erhebung mit ihrem Entschluß verfolgt, ist nicht, der Friedenspolitik den Rücken zu kehren, sondern im Gegenteil einer wahren und fruchtbaren Friedenspolitik einen neuen Impuls zu geben.

Sie hofft mit ihrem Schritt, wenn nicht dem Genfer Völkerbund, so doch dem wahren Völkerbundgedanken einen Dienst zu erweisen. Die Erfahrung zwingt dazu und muß dazu führen, daß jetzt andere Methoden angewandt werden, an denen es — bei gutem Willen der beteiligten Regierungen — nicht fehlt. Erst wenn es gelungen ist, daß sich die führenden Mächte wirklich auf prinzipiell gleiche Punkte gegenüberstellen, kann mit Aussicht auf Erfolg der Versuch wieder aufgenommen werden, im Rahmen einer weltumfassenden Organisation an die gemeinsamen Aufgaben der Völker heranzugehen. Das ist der Sinn des Aufrufes, zu dem sich das deutsche Volk durch die Abstimmungen des nächsten Sonntages befehlen soll.

Aufs neue und schärfste weisen wir die böswillige Verdächtigung zurück, daß es sich für Deutschland um nicht anderes handele, als soundsowol Kanonen, Flugzeuge und Tanks zu bekommen. Wögen die fremden Regierungen im Bewußtsein ihrer Verantwortung in die Hand einschlagen, die wir ihnen zur Verständigung entgegenstrecken!

Der Führer spricht in Kiel.

Ganz Kiel stand im Zeichen der Antunft des Führers. Vom frühen Vormittag an hatte das Stadtbild ein festliches Gepräge; kein Haus, das nicht mit Latenzkreuz- oder schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt ist. Der Eingang zum Hotel „Continental“, wo der Führer erwartet wird und wo bereits SS-Reichsführer Himmler und Oberführer Heidrich eingetroffen sind, ist mit Grün umkränzt. Die Nord-Offsee-Halle war Ziel eines Besuches von 20 000 Kieler Schulkinder, die sich dort unter der Führung ihrer Lehrer anlässlich des Festes zu einer kurzen Feier eingefunden hatten. In langen Rängen sah man die Schulklassen mit Hunderten von Fahnen und Wimpeln der Halle zufließen. Ununterbrochen

strömten dann ungezählte Tausende zur Nord-Offsee-Halle.

um noch vor der Öffnung der Eingänge, die um 17 Uhr erfolgte, da zu sein. Als dann die Türen geöffnet wurden und der Menschenstrom sich, einer Lawine gleich, in die Halle ergoß, war in ganz kurzer Zeit der 25 000 Personen fassende Atriumraum bis auf den letzten Platz besetzt, so daß die Zugänge polizeilich gesperrt werden mußten. Tausende fanden keinen Einlaß mehr und warteten vor der Halle auf dem hell erleuchteten Platz auf die Lautsprecherübertragung oder begaben sich in die Parallelversammlungen. — Trotz des starken Regens hatten sich Tausende auf den Weg gemacht, um der Antunft des Führers auf dem Holtenauer Landflughafen beizuwohnen. Da lief von Travemünde die Meldung ein, daß der

Führer infolge der schlechten Witterung in Travemünde gelandet

sei und sich von dort im Kraftwagen nach Kiel begeben. Ebenso wie im Grenzland Ostpreußen dem Führer die heiß. Liebe der Bevölkerung entgegenstrahlte, umtrauten ihn in Kiel der Jubel und die Beaciferuna der

Diesmal geht es nicht um Parteien oder Systeme, um Personen oder Gesetze, sondern es geht schließlich um Deutschland!
Bislangler von Papen am 2. November in Offen

Für den wahren Frieden
„Die Welt muß sehen, daß nicht der Reichskanzler, sondern das deutsche Volk die Gleichberechtigung, die Ehre und den wahren Frieden fordert.“
Der Führer in Breslau am 4. November